

SPARTACUS

Kommunistische Jugendorganisation

EXTRA

Verraten und verkauft

Die KPD und die chinesische Aussenpolitik

Als auf einer Veranstaltung im April vorigen Jahres Spartacus-Genossen einen Lobgesang auf die revolutionären Prinzipien der KP Chinas mit dem Sprechchor „Pakistan, Pakistan . . .“ beantworteten, drehte sich Genosse Semler, führendes Mitglied der KPD (damals noch AO) zu einem unserer Genossen um und sagte: „Was habt Ihr immer nur mit Pakistan?“

Hätten wir (leider haben wir keine Hellseher in unseren Reihen) eine Reihe anderer Länder genannt: Persien, Ceylon, Sudan, Kamerun, Äthiopien, Türkei; hätten wir schließlich den Namen Richard M. Nixon fallen gelassen, die Genossen der KPD hätten uns zweifellos für vollkommen verblendete Opfer des konterrevolutionären Trotzismus erklärt und wären mit größter Selbstsicherheit zur Tagesordnung übergegangen.

Nach noch nicht einem Jahr hat sich das Bild radikal geändert. Bei Durchsicht der verschiedenen Organe der KPD und ihrer „Massenorganisationen“ fühlt man sich fast versucht, Semlers Frage leicht abgewandelt zurückzugeben: „Warum immer nur Pakistan?“ Allein zur Frage des indisch-pakistanischen Konflikts hat die KPD sich nämlich so etwas wie eine Verteidigungslinie aufgebaut. Indem sie sich hierauf allein konzentriert, hofft sie offensichtlich, von den monströsen Positionen der Chinesen zu Ceylon, Sudan, Kamerun usw. abzulenken.

Wir wollen deshalb zuerst mit einigen kurzen Schlägen testen, was die besagte Verteidigungslinie wert ist. Wir werden sodann die Nasen der Genossen Maoisten noch einmal kräftig in einige Misthaufen stuken, von denen ein besonders würziger Duft von Klassenverrat aufsteigt. Wir werden dann schließlich das Verhältnis Peking-Washington im Lichte der allgemeinen Tendenzen der chinesischen Außenpolitik beleuchten.

20 Pfg.

Pakistan: Richtige Ansätze . . .

Bei der Analyse des reichhaltigen Materials der KPD zum Thema Indien-Pakistan fällt auf, was auch bei den leider weitaus weniger zahlreichen Äußerungen der Partei, etwa über Ceylon und Sudan, zutage tritt: Richtige Einsichten werden nicht konsequent zuende geführt, weil man dann offensichtlich mit der KP Chinas brechen müßte.

Der Artikel in der RPK Nr. 145 (10.12.71) beginnt völlig richtig mit dem Nachweis, daß die Spaltung des ehemaligen Britisch-Indien Resultat der vom britischen Imperialismus systematisch geschürten Religionsstreitigkeiten ist. Die herrschenden Klassen beider Länder halten chauvinistische Stimmungen ständig am Kochen, um die Massen von den wirklichen Problemen auf einen äußeren Feind abzulenken.

Der durch und durch reaktionäre Charakter der indischen Bourgeoisie und ihrer politischen Repräsentanten wird in allen Artikeln herausgestellt. Aber im Gegensatz zu den Verlautbarungen der diversen KPD/MLs wird auch die herrschende Klasse Pakistans nicht geschont. Diese „nahm die ständige Bedrohung durch Indien zum Vorwand, das Volk seiner demokratischen Rechte zu berauben und die Ausbeutung zu verschärfen.“ (Rote Fahne, Nr. 31, 1971)

Auch die Außenpolitik der pakistanischen Regierung ist keineswegs progressiv:

„Die USA-Imperialisten benötigen die islamische Regierung Pakistans, um mit ihrer Hilfe die Front der reaktionären Regime mohammedanischen Glaubens im nahen und mittleren Osten zu verstärken. Pakistan bildete in der Vergangenheit die Truppen Husseins von Jordanien aus, die die palästinensische Befreiungsbewegung niedermetzelten. Mit Hilfe Pakistans übt der USA-Imperialismus Einfluß auf das Sadat-Regime in Ägypten aus, um es dazu zu bringen, die israelischen Eroberungen hinzunehmen.“ (RF, Nr. 33, S. 7)

Besonders tief ist die Unzufriedenheit der Bevölkerung „mit der Herrschaft des reaktionären Militärmachthabers Yahya Khan“ (RF 33) in Ostpakistan. Das machte sich „die Awami-Liga von M. Rachman, einem Vertreter der Großgrundbesitzerklasse zunutze.“ Doch diese führte keinen wirklichen Kampf für nationale Unabhängigkeit. Sie „verschachtelte die Unabhängigkeit Bengalens an die indischen Reaktionäre, noch ehe sie der westpakistanischen Militärjunta abgerungen war!“ (RPK Nr. 145)

Der konterrevolutionäre Charakter der Awami-Liga zeigt sich vor allem darin, daß sie, anstatt die Einheit des bengalischen Volkes zu betonen, mithilft, dessen Spaltung zu verewigen:

„Heute bereits fordert die indische Presse die Sperrung der Grenzen des neuen Staates zum indischen Bundesstaat Westbengalen hin. Die indische herrschende Klasse und ihre ostpakistanischen Kollaborateure, die Großgrundbesitzer, fürchten ein Überspringen des revolutionären Funkens der Bauernaufstände von Indisch-Bengalen auf Ostpakistan.“ (RF 33, S. 6)

Der RPK-Artikel schließt mit einem Zitat aus einer Erklärung ostpakistanischer Revolutionäre (übersetzt aus der in England erscheinenden Zeitschrift „The People's War“):

„Wir wollen unsere Befreiung mit unseren eigenen Kräften, gestützt auf eigene Waffen, erreichen und niemals mit Hilfe dieser reaktionären indischen Regierung. Wir leisten energischen Widerstand dagegen, aus der Hand der pakistanischen Reaktionäre in die Hand der indischen Bourgeoisie und Großgrundbesitzer zu geraten . . . Unser Ziel ist es, eine Volksdemokratie in Bengalen zu errichten . . .“

I.

Aus diesen Zitaten läßt sich folgende Konsequenz herausdestillieren: Das bengalische Volk ist durch die Machenschaften des Imperialismus gespalten worden. Die Ausbeutung Ostbengalens durch die westpakistanische Bourgeoisie führt zu wachsender Unzufriedenheit der bengalischen Massen. Gleichzeitig ist auch der westliche Teil Bengalens Schauplatz heftigster Massenkämpfe. In dieser Situation muß jeder Marxist-Leninist das Recht der Bengalen auf nationale Unabhängigkeit verteidigen und die Einheit der Massenkämpfe in beiden Teilen der gespaltenen Nation fördern. Die Unterdrückung der kämpfenden Bengalis durch die westpakistanische Armee ist nachdrücklich zu verurteilen.

Von dem Zeitpunkt an, wo die Awami-Liga zu einer Marionette der indischen Bourgeoisie wird und die „Befreiung“ Ostbengalens durch die indische Armee unterstützt, kann man nicht mehr von einer nationalen Unabhängigkeitsbewegung sprechen. Jetzt ist es die Aufgabe der indischen wie der pakistanischen Marxist-Leninisten, den revolutionären Defätismus zu propagieren. Die Revolutionäre in Ostbengalen kämpfen unter Berücksichtigung ihrer Kräfte und der taktischen Möglichkeiten gegen die pakistanischen wie gegen die indischen Besatzer und versuchen, sich mit ihren Klassenbrüdern in Westbengalen unter dem Kampfziel zu vereinigen: **Für ein sozialistisches Bengalen als Teil der Union der sozialistischen Räterepubliken Indiens** (zu der natürlich auch das heutige Westpakistan gehören wird).

. . . enden in Konfusion

Leider treibt die KPD ihre Analyse nicht in der von uns skizzierten Weise weiter. Sie käme dann auch nicht umhin, ein sehr kritisches Licht auf die Matosetzung-Ideen zu werfen. Sie schwankt deshalb zwischen den Bruchstücken einer korrekten Analyse und der chinesischen Position hin und her. Deren Kernstück aber besteht darin, von der Existenz einer pakistanischen Nation aus-

SPARTACUS

Zentralorgan der
Kommunistischen Jugendorganisation SPARTACUS

Redaktionsanschrift: Arno Nickel
1 Berlin 30
Postfach 3971

Wolfgang Kaatsch
Postscheck: PSchA BlnW 1026 03

zugehen, zu der auch die Ostbengalen gehören (während die Westbengalen offenbar Teil der indischen Nation sind). Kein Wunder deshalb, daß die KPD und ihre wichtigste Massenorganisation, der KSV, alle Mühe haben, ihre Windungen in dieser Frage einigermaßen zu synchronisieren. Am 10.12. spricht das Zentralorgan des KSV, die RPK, von der *Unabhängigkeit Bengalens*, die die Awami-Liga an die indische Bourgeoisie verschachert habe. Am 31. 12. beruhigt die Rote Fahne, Zentralorgan der Partei, ihre Leser folgendermaßen:

„Die indischen Reaktionäre finden ihre Grenzen im wirklichen bewaffneten Widerstand der Volksmassen. Ihre Politik der Zerstückelung und des Annexionismus wird sich . . . als ein mächtiger Hebel für den Zusammenschluß des *pakistanischen Volkes* erweisen.“

Im Januar 1972 schließlich dient die „Zeitung des KSV für die Hoch- und Fachhochschulen in Westberlin“ dem Volke mit den allerneuesten Erkenntnissen zur nationalen Frage:

„Die Völker Westbengalens, Ostpakistans, der indischen Nordostregionen und die anderen Völker des südasiatischen Raumes werden sich immer fester um ihre revolutionären marxistisch-leninistischen Parteien zusammenschließen und im langandauernden Volkskrieg die imperialistischen Marionetten und Quislinge hinwegfegen . . . Die Volksrepublik China wird sich auch weiterhin von niemandem abhalten lassen, gerechte Wünsche des *pakistanischen Volkes* nach Unabhängigkeit, territorialer Integrität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zu unterstützen und die revolutionären Befreiungskräfte solidarisch mit Waffen und anderen Ausrüstungen zu beliefern.“

Zu den anderen Ausrüstungen scheint der Marxismus-Leninismus jedenfalls nicht zu gehören. Wir werden nicht ablassen, die maolistischen Genossen immer wieder zu fragen:

- Gibt es eine pakistanische Nation, ja oder nein?
- Was passiert, wenn die „Völker Westbengalens und Ostpakistans“ sich um ihre revolutionären marxistisch-leninistischen Parteien zusammenschließen und die Marionetten und Quislinge hinweggefegt haben?
- Bleiben die „Westbengalis“ und „Ostpakistanis“ weiterhin getrennt?
- Etwa, weil die einen Hindus und die anderen Moslems sind?
- Oder, weil der „Wunsch des pakistanischen Volkes nach territorialer Integrität“ ein höchstes Gut ist?
- Und wann wird es den Genossen der KPD und des KSV endlich dämmern, daß da, wo nationale Fragen auf der Tagesordnung stehen, Völker erst dann sich um „ihre“ revolutionären Parteien scharen, wenn diese zu eben den nationalen Fragen kristallklare Antworten zu geben wissen?

Und noch eine Frage bleibt, bevor wir das Kapitel Indien-Pakistan abschließen können. Ihr gefickt, Genossen der KPD und des KSV, in eindeutigen Worten den reaktionären Charakter der pakistanischen Regierung. Wie erklärt Ihr Euch dann, daß Eure chinesischen Freunde – und zwar ohne jede Unterscheidung von Regierungs- und Parteimeinung – die jeweiligen pakistanischen Regierungschefs als anti-imperialistische Kämpfer feiern und sich seit Jahren auch der allermildesten Kritik an der pakistanischen Bourgeoisie strikt enthalten haben. Erspart uns eine ausführliche Dokumentation zu diesem Punkt; eine regelmäßige Lektüre der Peking Rundschau und der diversen KPD/ML-Organen (vor allem „Bolschewik“, Nr. 8, S. 18–25) genügt völlig.

II.

Wir sind hier auf ein Leitmotiv der KPD-Politik gestoßen. Die Partei schließt vor dem reaktionären Charakter gewisser Regierungen nicht die Augen, nur weil die KP Chinas freundschaftliche Beziehungen zu diesen unterhält. Umso mehr aber muß sie dann die Augen vor den Widersprüchlichkeiten einer solchen Haltung verschließen. Die sonst so fleißigen Artikelschreiber und Verbreiter nützlichen Wissens in Wort und Schrift scheinen die Devise ausgegeben zu haben: Finger weg von allen Themen, die die chinesische Außenpolitik tangieren (mit Ausnahme Indien-Pakistan).

Bei zwei Ereignissen des letzten Jahres allerdings ließen sich die Genossen der KPD – offensichtlich vorschnell – zu Kommentaren hinreißen; jeweils kurz bevor eine kalte Dusche aus Peking sie zusammenschauern und von einer weiteren Behandlung Abstand nehmen ließ.

Sudan: Genosse Mahgoub . . .

In der RPK Nr. 131 wird „Zur Lage im Sudan“ Stellung bezogen. Ohne uns mit allen Auffassungen dieses Artikels zu identifizieren, erkennen wir bereitwillig an, daß die Autoren sich auf die richtige Seite der Barrikade gestellt haben: auf die Seite der blutig verfolgten KP Sudans, gegen den Schlächter Numeiri. Es wird gezeigt, daß Numeiri, der 1969 mit entscheidender Hilfe der KP an die Macht gekommen war, bereits seit Herbst 1970 „sein fortschrittliches Mäntelchen fallen“ ließ und seit Februar 1971 in der Innen- wie der Außenpolitik zur offenen Reaktion überging.

„Zahllose Kommunisten und anderen fortschrittliche Menschen“ werden verhaftet, „unter anderem auch der Genosse Mahjoub“. Numeiri verrät die bisher teilweise vom Sudan aus operierenden Befreiungskräfte des Tschad an den Präsidenten Tombalbaye, der dadurch seinen mit massiver französischer und israelischer (!) Unterstützung begonnenen Vernichtungsfeldzug mit Erfolg

krönen kann. Ebenso verkauft er die Befreiungsfront von Eritrea an den „Oberspeichellecker Haile Selassie“*.

Der Artikel analysiert im weiteren die Position der KP Su und zeigt deren durch und durch schwankende Haltung. Zwar widersetzte sich die Mahgoub-Führung energisch dem sowjetischen Ansinnen, sich dem Beispiel der ägyptischen und algerischen KP folgend selbst aufzulösen. Doch „bildete sich . . . ein starker Liquidatorenflügel, dessen rechteste . . . Mitglieder . . . austraten und nach wie vor ihre Posten in der Regierung Numeiri behalten haben.“

Die Desorientierung und Perspektivlosigkeit der Partei führte auf der anderen Seite zum Erstarken putschistischer Tendenzen, die schließlich, ohne daß die Massen im geringsten vorbereitet wurden, am 19. Juli 1971 in einer Karikatur von Revolution kulminierten. Der Artikel fährt fort:

„Die reaktionären Regierungen der verschiedenen Staaten der arabischen Föderation, allen voran die ägyptische, entfalteten eine fieberhafte Aktivität, um Numeiri wieder an die Macht zu bringen. Sadat soll gegenüber dem sowjetischen Botschafter in Kairo erklärt haben: ‚Wir Araber werden niemals Marxisten ein und darum können wir nicht dulden, daß in unserer Gegend ein kommunistisches Regime überlebt.‘ (Le Monde, 21.7.71)“.

Der Artikel endet mit dem Appell an die marxistisch-leninistischen Kräfte, sich enger zusammenzuschließen, linke Abenteurer und rechte Liquidatoren zurückzudrängen, „und einen einheitlichen Kern zu schaffen, der die Massen zum Sturz der Numeiri-Diktatur anführen kann“.

*Über das finstere Treiben dieses Potentaten in jüngster Zeit – vor allem in der Woche vom 6.–13. Oktober 1971 – berichtet die Zeitschrift „China im Bild“, 12/71, in einem reich illustrierten Artikel.

„Wir haben voll Freude gesehen, daß das sudanesishe Volk seit der sudanesischen Mairevolution unter Führung von Präsident Nimeri ununterbrochen Erfolge erzielte, sowohl bei der Liquidation der Kolonialkräfte, bei der Aufrechterhaltung seiner nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität wie bei der Entwicklung seiner nationalen Wirtschaft. Die sudanesishe Regierung und das sudanesishe Volk haben in diesem Jahr nochmals erfolgreich ein ausländisches subversives Komplott durchkreuzt. . . Die chinesische Regierung und das chinesische Volk drücken ihre Bewunderung und Würdigung für Ihren gerechten Stand aus und wünschen Ihnen von ganzem Herzen immer neue Siege an allen Fronten.“

Ansprache Tschou En-lais anlässlich des Besuchs einer „hochrangigen sudanesischen Regierungsdelegation“, Peking Rundschau, 52/71.

Es wäre noch anzumerken, daß die Sowjetunion nicht nur vor den Juli-Ereignissen eine verhängnisvolle Rolle spielte, sondern sich auch in den Tagen, als es um das Leben Mahgoubs und seiner Genossen ging, auf zwar lautstarke, aber rein platonische Proteste beschränkte. Das gute Verhältnis zu den diversen bonapartistischen Regimen in der arabischen Welt ging natürlich vor. Wer dies jedoch feststellt, wird sich sogleich fragen: Wie reagiert eigentlich der große Vorsitzende und sein engster Kampfgefährte, der Genosse Tschou En-lai, auf den exemplarischen Vorgang im Sudan?

. . . und der Patriot Numeiri

Um dem Vorwurf zuvorzukommen, wir würden diese Frage doch nur polemisch beantworten, treten wir bescheiden zurück und überlassen die Antwort im folgenden einem berufenen Munde: der Zeitschrift „Bolschewik“, Theoretisches Organ der KPD/ML, 3. Jhrg., Nr. 8, Sept. 1971, S. 34–40. Hier erfahren wir nun, daß

„Tschou En-lai Nimeri beglückwünscht, den abenteuerlichen Putsch abgewährt zu haben, und zugleich erklärt, an den guten Beziehungen zwischen beiden Staaten werde sich nichts ändern“.

Und Bolschewik konstatiert daher, daß sich „die KPD/AO ausdrücklich gegen die Außenpolitik der VR China“ stellt.

„Es steht der Aufbauorganisation für eine KPD natürlich frei, solche Ansichten zu haben. Nur haben sie nichts mit dem Marxismus-Leninismus gemeinsam.“

Peinlich! Wie konnte es nur zu einem solchen Fehlurteil kommen?

„Möglicherweise hatten die Genossen der KPD/AO keine Gelegenheit, sich mit dem Standpunkt der chinesischen Genossen vertraut zu machen.“

Zur Unterstützung der chinesischen Genossen fährt Bolschewik sodann eine schier erdrückende Beweislast auf. Wir erfahren, daß Numeiri

„für die Wahrung der asiatischen und afrikanischen Solidarität eintritt, tatkräftig das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker in ihrem Kampf gegen die amerikanischen und israelischen Aggressoren unterstützt, an dem Kampf der afrikanischen Völker für ihre nationale Befreiung Anteil hat, die drei indochinesischen Völker in ihrem Widerstandskrieg gegen die Kriegs- und Völkermordpolitik der USA-Imperialisten zur Rettung des Vaterlandes mit Wärme unterstützt und offiziell die Königliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha unter dem Staatsoberhaupt Prinz Sihanouk anerkannt hat.“

Empört ruft Bolschewik aus:

„Wie kann es möglich sein, daß ein Regime, das angeblich alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte im Sudan liquidieren lassen will, den Resolutionsentwurf Albaniens, Algeriens und sechzehn anderer Länder an die UNO mit der Forderung nach Wiederherstellung aller legitimen Rechte der VR China in der UNO und nach unverzüglicher Vertreibung der Tschiang-Clique vollständig unterstützt?“

Wir erfahren somit noch im Vorbeigehen, daß es neben China und Albanien mindestens siebzehn andere Staaten gibt, deren fortschrittlich-demokratischer und anti-imperialistischer Charakter über jeden Verdacht erhaben ist. An ihren Worten (in der UNO-Vollversammlung) sollt ihr sie erkennen!

Da zu diesen Staaten auch Ägypten, Libyen und Syrien gehören, ist es kein Wunder, wenn die chinesischen Genossen die Bildung der Arabischen Föderation als „Ein großes Ereignis in der Sache der arabischen Länder gegen den Imperialismus“ (Peking Rundschau, 18/71, S. 23) feiern. Geradezu konterrevolutionär ist es, diese Einheit zu torpedieren.

Wie nach außen, so im Inneren. In der Wirtschaftspolitik schlägt Numeiri „von Anfang an bewußt einen nichtkapitalistischen Weg ein, der die Grundlage für den Sozialismus schaffen soll“. Bei einem Besuch in Peking gibt er eine präzise Beschreibung dieses Weges:

„Um die Wurzeln des Kolonialismus und der Reaktion auszuheben und die nationale Befreiung zu erringen, haben wir heute mit Aussicht auf den Sozialismus die Kräfte des gesamten sudanesischen Volkes zum scharfen Kampf für die Durchführung des Wirtschaftsaufbaus mobilisiert.“ (Peking Rundschau, 33/70, S. 8)

„Teure Freunde, ich muß hier erwähnen, daß unser Volk und unsere revolutionären Führer immer stolz sein werden auf die mutige Haltung des chinesischen Volkes, seines militanten Führers, des Vorsitzenden Mao Tsetung, und seiner großen Partei, die unserem Volk und unserer Revolution fest zur Seite standen während der perfiden Verschwörung und auch in den Tagen danach.“

Mit denselben Gefühlen der Bewunderung und des Stolzes wollen wir auch Ihre wirtschaftliche und militärische Unterstützung für die Demokratische Republik Sudan erwähnen. Als jene Leute, die sich unsere Freunde nannten, uns nicht unterstützten, hat Ihre Unterstützung einen positiven und bedeutsamen Einfluß in unserer Revolution ausgeübt zur Vernichtung der Veräter, Lakaien und einer Handvoll von den Gesetzen zuwiderhandelnden Personen im südlichen Teil unseres Landes.“

Ansprache des sudanesischen Vizepräsidenten Abbas, Peking Rundschau, 52/71.

Nur eine dunkle Wolke verunziert den lichten Horizont: die Gefahr einer Machtübernahme durch die Revisionisten.

„Die Machtergreifung einer starken revisionistischen Partei in einem der jungen Nationalstaaten oder ihr bestimmender Einfluß auf die Politik der nationalen Regierung bedeutet, daß sich das betreffende Land eng an die Sowjetunion anlehnt und wirtschaftlich wie politisch die engsten Beziehungen zu Moskau und den von ihm abhängigen Staaten knüpft. Das bedeutet aber, daß die modernen Revisionisten, wenn sie am Ruder sind, einen zutiefst antinationalen, unpatriotischen Kurs einschlagen.“

Bisher hielten wir es für ein Charakteristikum des Revisionismus, die von ihm befallenen Parteien unfähig zur Machteroberung zu machen. Jetzt können wir unsere Kenntnisse erweitern: Kommen die Revisionisten doch mal ans Ruder, umso schlimmer. Für alle nationalen Patrioten und anti-imperialistischen Menschen war die Entscheidung klar. Es kam

„zu den Auseinandersetzungen zwischen den Kräften, die hinter Nimeri standen und seinen konsequent antiimperialistischen Kurs unterstützten, und den Revisionisten. Nimeri verbot die Partei schließlich und ließ ihre Führer einsperren oder verfolgen, denn sie entwickelte sich tatsächlich zu einer gefährlichen Agentur des Sozialimperialismus.“

Erfreulicherweise gab es auch in der KPSu

„eine Richtung, die Nimeri unterstützte und auch nach dem Verbot der Partei und der Säuberung der Regierung ihre Arbeit in der Staatsführung fortsetzte.“

Zu guter letzt bestätigt sich dann wieder, daß die Haupttendenz der heutigen Welt Revolution ist:

„Darum war es gut, daß die patriotischen Teile der Armee den Militärcoup niederschlugen. Darum ist es richtig, wenn die Revisionisten als nationale Verräter bezeichnet und unterdrückt werden (daß ihre Führer hingerichtet werden, mag manchem bedauerlich erscheinen, ist aber eine innere Angelegenheit des Sudan). Darum war es auch vollkommen richtig, daß Ministerpräsident Tschou Enlai Staatspräsident Nimeri zur Erhaltung der Macht gratulierte.“

Für die Genossen der KPD aber sollte ihr schrecklicher Fehltritt eine ernste Lehre sein:

„Wenn die Genossen von der Aufbauorganisation für eine KPD . . . schon nicht die Verhältnisse im Sudan richtig einschätzen konnten . . . , so hätte ihnen doch wenigstens zu denken geben müssen, daß das chinesische Volk doch wohl keinem blutbesudelten Militärdiktator zur Abschachtung der demokratischen Kräfte und zur erzeugten Machtergreifung gratuliert! Oder sollte es Leute geben, die so denken?“

Das gewiß nicht! Wohl aber gibt es Leute, die Numeiri in der Tat für einen blutbesudelten Militärdiktator halten, gleichzeitig allerdings das chinesische Volk vor der Beleidigung in Schutz nehmen, ein Tschou En-lai sei der legitime Sprecher dieses Volkes. Die KPD, die mit uns in der Beurteilung Numeiris übereinstimmt, in der Beurteilung der chinesischen Partei- und Regierungsführung jedoch eigentlich eher mit der KPD/ML, hat sich bisher zu den im Bolschewik aufgeworfenen Fragen nicht geäußert – trotz ausführlicher Polemik mit den Bolschewik-Leuten in anderen Punkten.

Es ist eine Sache, in Fragen des Parteaufbaus, Gewerkschaftsarbeit, Einschätzung der Metalltarifrunde usw. die Bolschewik-Gruppe hart anzugreifen, ja deren Theorien über die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung sogar als „Wahngebilde“ zu bezeichnen. Es ist eine andere Sache, sich in einem Punkte mit Genger und Konsorten anzulegen, in dem sich diese offensichtlich in völliger Übereinstimmung mit den Mao-Tsetung-Ideen befindet. Oder seid Ihr nicht dieser Meinung, Genossen der KPD? Dann ist Eure Antwort auf Bolschewik Nr. 8 überfällig! Im übrigen fordern wir alle Eure Mitglieder und Sympathisanten zur Lektüre dieses von der ersten bis zur letzten Zeile bemerkenswerten Schriftstückes auf.

Ceylon: der wundeste Punkt

Zum Falle Ceylon fassen wir uns kurz. Wir konzentrieren uns auf die erstmalige vollständige Veröffentlichung in deutscher Sprache eines herausragenden Dokumentes proletarisch-internationalistischer Außenpolitik und warten gespannt auf einen Kommentar seitens der KPD dazu.

Ein Brief Tschou En-lais an Frau Bandaranaike

„Ich bin Eurer Exzellenz und der ceylonesischen Regierung sehr dankbar für Ihr Vertrauen in die chinesische Regierung und Ihre freundschaftlichen Gefühle gegenüber dem chinesischen Volk.

Die Freundschaft zwischen China und Ceylon liegt in den grundlegenden Interessen der beiden Völker und hält allen Proben stand. Die Regierung und das chinesische Volk schätzen die Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern sehr hoch, und wenn jemand, von versteckten Absichten geleitet, Zwietracht zu säen und unsere freundschaftlichen Beziehungen zu zerstören versucht, wird er scheitern.

Der Lehre des Vorsitzenden Mao Tse-tung folgend, hat sich das chinesische Volk in seinem langanhaltenden revolutionären Kampf gegen den ultra-„linken“ Opportunismus immer genauso gewandt wie gegen den Rechtsopportunismus.

Wir sind glücklich, feststellen zu können, daß es dank der Anstrengungen Ihrer Exzellenz und der ceylonesischen Regierung gelungen ist, die chaotische Lage unter Kontrolle zu bringen, die von einer Handvoll Leuten angerichtet wurde, die sich „Guevaristen“ nennen und in deren Reihen sich ausländische Spione eingeschlichen haben.

Wir glauben, daß unter der Führung Eurer Exzellenz und mit der bereitwilligen Unterstützung des ceylonesischen Volkes diese Akte der Rebellion, die von in- und ausländischen Reaktionären mit dem Ziel, die Interessen des ceylonesischen Volkes zu unterminieren, angestiftet wurden, zur Niederlage verurteilt sind.

Wir stimmen vollkommen mit der korrekten Position überein, die Eure Exzellenz hervorhebt und die darin besteht, die Souveränität des Staates zu verteidigen und sich gegen jede fremde Einmischung zu schützen. Die Regierung und das Volk Chinas bringen Ceylon in seinem gerechten Kampf für dieses Ziel Bewunderung und feste Unterstützung entgegen.

Eure Exzellenz sind sich darüber völlig im klaren, daß die chinesische Regierung sich immer fest an die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz gehalten, niemals in die inneren Angelegenheiten anderer Länder interveniert und sich gleichfalls gegen jede Einmischung, von welcher Seite auch immer, in die inneren Angelegenheiten anderer Länder gewandt hat; besonders aber dagegen, daß ausländische reaktionäre Mächte eine Gelegenheit für eine militärische Intervention finden.

Ich möchte noch einmal diese feste Position der chinesischen Regierung bekräftigen. Im Interesse der Freundschaft, die China und Ceylon vereint, ist die chinesische Regierung bereit, der ceylonesischen Regierung entsprechend ihrem Wunsch, ein langfristiges, zinsloses Darlehen von 150 Millionen Rupien, zahlbar in konvertiblen Devisen, zu gewähren. Wir würden gern die Meinung Eurer Exzellenz in dieser Sache kennenlernen.

Wir sind bereit, einen Teil des Darlehens im Mai zu überweisen und ein diesbezügliches Dokument zu unterzeichnen. Was materielle Hilfe jeder anderen Art angeht, sagen Sie uns, was Sie benötigen!“

Aus „Ceylon Daily News“, 25. Mai 1971

Der Brief Tschou Enlais erhält seine besondere Pikanterie durch die Tatsache, daß Frau Bandaranaike sich nicht nur an China um Unterstützung gewandt hatte. In ihrer Bedrängnis war sie nicht wählerisch und sandte ihre Hilferufe in alle Himmelsrichtungen. Die Resonanz war überwältigend: ein wahrer Völkerbund der Hilfsbereitschaft trat prompt in Aktion. Indien und Pakistan, die USA und Großbritannien, die Sowjetunion und Jugoslawien waren sich mit „dem chinesischen Volk“ in dem Bemühen einig, die von in- und ausländischen Reaktionären angestifteten Akte der Rebellion zur Niederlage zu verurteilen. Für die deutschen Maoisten ist Ceylon offenbar der allerwundeste Punkt. Selbst die bereitwilligen Apologeten aus Bochum schweigen. Das Schweigen der KPD aber ist besonders beredt, da es offensichtlich im Umkreis der Partei einen Ansatz gegeben hat, die Lage in Ceylon zu analysieren. Zwar sind weder in der RPK noch in der Roten Fahne Artikel hierzu erschienen, wohl aber zwei Flugblätter der Liga gegen den Imperialismus, einer Frontorganisation der Partei – natürlich noch bevor die Haltung der chinesischen Regierung bekannt wurde. Selbstverständlich ergreifen die Genossen der Liga in diesen Flugblättern nicht für die ceylonische Volksfrontregierung

unserer Meinung nach der typische Bankrott jeder Volksfrontregierung ist) auf. Für die Genossen der Liga war es damals jedenfalls keine Frage, und für uns ist es auch heute noch eindeutig klar: Ohne uns mit den abenteuerlich-blanquistischen Tendenzen der „Volksbefreiungsfront“ (JVP) zu identifizieren, so gehört unsere ganze Sympathie doch diesen opfermütigen Revolutionären und nicht einer Regierung, die erst mit den Methoden der klassischen Polizeiprovokation die JVP zum raschen Losschlagen anstachelte, um den Aufstand sodann in einem Meer von Blut zu ertränken. (Eine ausführliche Analyse der Ereignisse siehe SPARTACUS Nr. 22, S. 18–21). Warum, Genossen der KPD, des KSV, der Liga, habt Ihr Eure Beschäftigung mit Ceylon so abrupt beendet? Warum erwähnt Ihr in Euren zahlreichen Indien-Pakistan-Artikeln Ceylon mit keinem Wort? **Wir fordern Euch eindringlich zu einer Stellungnahme auf und erinnern daran, daß wir für eine gewisse Penetration bekannt sind, mit der wir bestimmte Themen immer wieder auf die Tagesordnung bringen.** Wir möchten doch nicht, daß Genosse Semler sich eines Tages die Frage abringen muß: „Was habt ihr immer nur mit Ceylon?“

III.

Achse Nixon – Mao . . .

Die Versuchung liegt nahe, den Besuch Nixons in Peking dem bisher Dargestellten bruchlos hinzuzufügen. Doch dürfen wir es uns nicht so leicht machen. Typisch für die Klassenkollaboration der Mao-Tschou-Führung in den verschiedensten Teilen der „Dritten Welt“, aber auch gegenüber dem französischen Imperialismus ist die völlige Kongruenz von Regierungsdiplomatie und Parteimeinung (zumindest, soweit sich diese in der Parteipresse niederschlägt).

Dagegen sei zugestanden, daß trotz der diplomatischen Ouverturen zwischen Peking und Washington der US-Imperialismus auch weiterhin neben dem „Sozialimperialismus“ als Hauptfeind der Menschheit figuriert, seine Verbrechen in Vietnam geißelt und seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten genüßlich kommentiert werden. Ein Vergleich mit der Unerbittlichkeit allerdings, die die Chinesen der Sowjetunion gegenüber zeigen, die sie seit 1968 als Sozialimperialismus deklarieren, läßt einen schwerwiegenden Schluß zu: Von den beiden Hauptfeinden ist die SU der Haupthaupfeind.

Dies kann nicht nur aus mannigfachen Indizien abgeleitet werden; an folgendem Beispiel läßt es sich beweisen: Seit geraumer Zeit haben sich bekanntlich die Beziehungen zwischen der chinesischen und der jugoslawischen Regierung bedeutend verbessert. Das ist bemerkenswert, denn in den sechziger Jahren war Belgrad eine der beliebtesten Zielscheiben der chinesischen Publizistik. In unzähligen Zeitungsartikeln, Reden, Broschüren wurde die Tito-Clique verdammt, die Prinzipienlosigkeit der jugoslawischen Außenpolitik (völlig zu recht) angeprangert und die wachsende Abhängigkeit der jugoslawischen Wirtschaft vom Imperialismus (speziell dem amerikanischen) aufgezeigt. Der Nachweis, daß in Jugoslawien der Kapitalismus bereits wieder etabliert ist, erscheint uns zwar keineswegs als gelungen; doch findet sich in den chinesischen, vor allem aber den albanischen Veröffentlichungen der damaligen Zeit eine Fülle von erschreckendem Material über das Ausmaß von prokapitalistischen Tendenzen in der jugoslawischen Wirtschaft.

Heute dagegen äußert sich der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Li Hsiän-niän in folgenden Worten gegenüber dem jugoslawischen Außenminister Tepavac:

„In den letzten Jahren hat das jugoslawische Volk fremdem Druck standgehalten und einen entschiedenen Kampf gegen Intervention, Subversion und Aggressionsbedrohungen seitens der Supermächte geführt . . . Die jugoslawischen Freunde mögen dessen sicher sein, daß sie in ihrem Kampf gegen fremde Aggression für die Aufrechterhaltung der nationalen Unabhängigkeit und Staatssouveränität entschiedene Unterstützung seitens des chinesischen Volkes erwarten können.“
Peking Rundschau, 25/71, S. 4

Man mag diese Worte drehen oder wenden, wie man will: Hier wird die jugoslawische Regierung für ihre Standhaftigkeit gegenüber der Sowjetunion belobigt, während die Abhängigkeit der jugoslawischen Wirtschaft vom Imperialismus, die in den letzten Jahren keineswegs zurückgegangen ist, offensichtlich zu einem „Nebenwiderspruch“ verniedlicht wird.

Wir verhehlen nicht, wie sehr unserer Meinung nach diese von den Führern der chinesischen Bürokratie gesetzten Prioritäten die Kluft zwischen ihrer Politik und der proletarischen Klassenlinie verdeutlichen. Die Regierung eines bürokratisch deformierten Arbeiterstaates sieht in der herrschenden Clique eines anderen ebenso gearteten Staates den Feind Nr. 1 und macht dessen Bekämpfung zur Achse ihrer Außenpolitik. Wie sehr zu diesem Zwecke mit dem Marxismus-Leninismus Schindluder getrieben wird, zeigt der Begriff „Sozialimperialismus“, den auch die theoretischen Kapazitäten der KPD bisher noch nicht aus den Niederungen des Schimpfwortarsenals auf die Höhe theoretischer Durchdringung haben heben können. Daß diese Grundlinien der chinesischen Außenpolitik die Möglichkeit eines engen Blocks Peking-Washington nicht ausschließen, ist unbestreitbar. Es scheint uns jedoch verfrüht zu sein, bereits heute von einer „Achse Nixon-Mao/Tschou“ zu sprechen, wie das z.B. die Genossen der amerikanischen Progressive Labour Party tun, die aus dem früheren Sprachrohr der chinesischen Richtung in den USA zu einem erbitterten Gegner des Maoismus geworden sind (siehe PL, Vol. 8, No. 3, Nov. 1971).

... oder Block gegen die „Supermächte“?

Die augenblickliche Politik Pekings wird immer noch durch das Bemühen geprägt, einen internationalen Block gegen beide Supermächte zustande zu bringen. Die zartesten Differenzen mit den USA oder der UdSSR sind Anlaß genug, um aus einem blutbefleckten Tyrannen den Vorkämpfer für die nationale Unabhängigkeit zu machen. Kurz noch einige Beispiele:

Persien: Das Schah-Regime, schon seit langem von Moskau heftig umworben, findet seit dem letzten Frühjahr in Peking höchste Anerkennung für ein paar „militante“ Töne, die darauf abzielen, die persischen Anteile an den von imperialistischen Konzernen aus den einheimischen Ölquellen gezogenen Profiten zu erhöhen.

Kamerun: Der Schlächter Ahidjo, der seit Jahren mit den Guerilla-Kämpfern der UPC einen zähen, äußerst blutigen Kampf führt, erhält hohen Besuch aus Peking. Ihm wird bei dieser Gelegenheit die Anerkennung ausgesprochen, eine Politik der Blockfreiheit im Interesse der nationalen Souveränität Kameruns zu betreiben. Ahidjo ist eine genauso jämmerliche Marionette des französischen Imperialismus, wie sein bereits erwähnter Kollege Tombalbaye.

Frankreich: Die Bemühungen der chinesischen Bürokratie um die Führer des französischen Imperialismus, die schon in der Regierungszeit De Gaulles begannen, führten zu einigen besonders würdelosen Formen der Anbiederung. So entblödete man sich nicht, die Renmin Ribao aus Anlaß des Todes De Gaulles mit einem Trauerrand erscheinen zu lassen. Beim letzten Besuch Couve de Murvilles in Peking hatte Tschou nichts besseres zu tun, als seinem Gast zu versichern, mit den europäischen sogenannten Maoisten hätten sie in Peking nichts im Sinn; das seien gar keine richtigen Marxisten-Leninisten. Das war gerade die Zeit, wo die Kampagne der französischen Bourgeoisie gegen die Gauche Proletarienne ihren Höhepunkt erreicht hatte.

Großbritannien: Die Bemühungen der Regierung Heath um die Eingliederung Großbritanniens in die EWG (von der Arbeiterbewegung erbittert bekämpft) fand volle Billigung der Chinesen. Die Begründung liegt auf der Hand: Was die EWG stärkt, schwächt die „Supermächte“.

Wer allerdings glaubt, hemmungsloser Klassenverrat sei eine Garantie für Realpolitik, sollte aus der Geschichte lernen. Nach der Machtergreifung des Faschismus in Deutschland glaubte Josef Stalin im Bündnis mit den bürgerlichen Demokratien die beste Absicherung für die Sowjetunion entdeckt zu haben.

Dafür lohnte sich der Verrat an der französischen und spanischen revolutionären Bewegung von 1936/37 allemal. Und als sich im spanischen Bürgerkrieg immer deutlicher und Unzuverlässigkeit der englischen und französischen Verbündeten zeigte und schließlich der Fußtritt von München erfolgte, versuchte es Lenins angeblicher Meisterschüler mit einer neuen Kombination. Er wurde noch fürchterlicher betrogen.

Den Kombinationen der Chinesen wird kein größerer Erfolg beschieden werden. Wo ist die objektive Basis für ein dauerhaftes Bündnis zwischen der VR China, der EWG, Rumänien, Albanien, Jugoslawien, der Arabischen Föderation, der Türkei, Persien, Pakistan usw.? Gewiß ist die internationale diplomatische Szenerie in letzter Zeit durch hektische Beweglichkeit bestimmt. Noch mehr Staaten der „Dritten Welt“ als bisher werden in Balanceakten zwischen den Großmächten ihre Chancen sehen. Und zweifellos werden die USA und die SU immer seltener die beiden ausschließlichen Pole für das diplomatische Lavieren sein. China, daneben aber auch der japanische und der westdeutsche Imperialismus werden ein gewichtiges Wort mitzureden haben.

Aber eine stabile dritte Kraft hat gerade in dieser Situation nicht die geringste Aussicht auf Erfolg. Und so wird über kurz oder lang in Peking eine noch „höhere“ Form des „realpolitischen“ Opportunismus der gegenwärtigen Doktrin Platz machen. Wir befinden uns im Augenblick noch eher in einer experimentellen Phase; das Ende der absoluten Vorherrschaft Amerikas in der kapitalistischen Welt ist noch zu jungen Datums. Doch wäre es ein Wunder, wenn nicht bereits heute kluge Köpfe in Washington und Peking die verschiedenen Varianten einschließlich einer amerikanisch-chinesischen Allianz durchspielten.

Für die proletarischen Avantgarden überall in der Welt aber heißt die Hauptaufgabe, der großen Verblendung den erbarungslosen Kampf anzusagen, die in dem Glauben besteht, es gäbe, wenn nicht gar ein sozialistisches „Lager“, so wenigstens einige sozialistische Länder, an die man getrost seinen schwachen Rücken anlehnen kann. Wir wissen, daß es leider nicht, wie im Märchen, genügt, nur einmal zu rufen: „Der Kaiser ist nackt!“ und schon ist der Bann gebrochen. Doch auch in Westdeutschland, der letzten Hochburg des Mao-Stalinismus in den imperialistischen Ländern, wird der völlige Zusammenbruch dieser Afterideologie, wie man sie z.Zt. in Frankreich, England und den USA beobachten kann, nicht aufzuhalten sein.

W.H.

Vorabdruck aus SPARTACUS 27

SPARTACUS

Kommunistische Jugendorganisation

Kontaktanschriften
in Westdeutschland

- Nord Peter Weis
2 Hamburg 19
Langenfelder Damm 38
- NRW Thomas Riepenhausen
43 Essen 1
Frohnhauser Str. 426
- Rhein/Main Rita Schäffler
6 Ffm-Schwanheim
Am Weidenwörth 3
- Baden/Württemberg Hans Wolf
7014 Kornwestheim
Ludwig-Herr-Str. 4

Ich bin an SPARTACUS Material interessiert.

Name:

Adresse:

Beruf:

(zu beziehen über die Kontaktanschrift)

SPARTACUS 24

IGM-Gewerkschaftstag
Betriebsverfassungsgesetz
Upper Clyde
Italien
Bengalen: Marxismus und
nationale Frage
ML-Zirkel

SPARTACUS 25

Metalltarifrunde 1971
Baader-Meinhof
Wohin geht Bangla Desh?
Marxismus und nationale Frage II
Zur Spaltung von SPARTACUS
Thesen zur Reorientierung

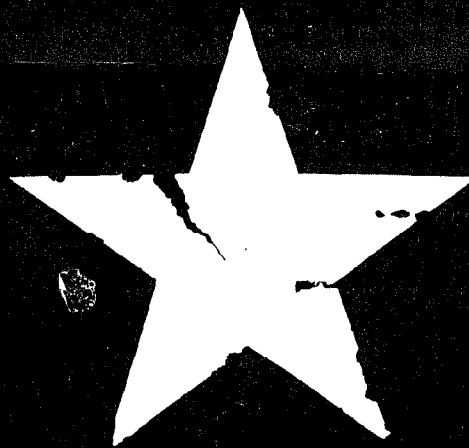
SPARTACUS 26

§ 218
Fahrpreiserhöhung
Nordirland
Spanien
Aufstieg und Niedergang
der Black Panthers
Nationale Konferenz der RKJ
IKD-Erklärung zur Spaltung

TROTZKI

DM 4.-

Verratene Revolution



**Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?
(1936)**

VERLAG DIE VIERTE INTERNATIONALE